



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Fraktion GRÜNE, umwelt- und verkehrspolitischer Sprecher

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An die Presse

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 1. März 2006

Bundeskabinett bereitet Schlag gegen kleine Energieerzeuger vor

Palmer: Ökologischer Rückwärtsgang kostet Tübinger Stadtwerke eine halbe Million Euro

Boris Palmer ist alarmiert: „Das Bundeskabinett plant mit dem neuen Energiesteuergesetz einen Anschlag auf den Mittelstand und die Umwelt.“ Am 8. März wird das Bundeskabinett über den Entwurf eines neuen Energiesteuergesetzes beschließen. Bislang kaum beachtet würde dieses Gesetz vor allem Stadtwerke und kleine Stromproduzenten massiv treffen.

Das geltende rot-grüne Gesetz, das im Rahmen der ökologischen Steuerreform beschlossen wurde, erspart den Betreibern von kleinen Anlagen, in denen zugleich Strom und Wärme produziert wird, die Stromsteuer von 2,05 Cent je kWh. Die Grenze für diese Steuerbefreiung soll nun von 2 MW je Anlage auf 100kW elektrischer Leistung abgesenkt werden.

Die Konsequenzen wären dramatisch. Die Stadtwerke Fellbach rechnen mit 150.000 Euro zusätzlicher Belastung. Die Stadtwerke Tübingen erwarten gar 500.000 Mehrkosten pro Jahr. SWT-Geschäftsführer Wilfried Kannenberg schreibt Palmer zum Entwurf des Energiesteuergesetzes:

„Damit trifft man insbesondere die kleinen und mittleren Versorgungsunternehmen, die aus Gründen des kommunalen Klimaschutzes in diese Anlagen investiert haben. Schon jetzt arbeiten die BHKW, die mit Gas als Primärenergieträger laufen, am Rande der Wirtschaftlichkeit, weil die zu erzielenden Strompreise innerhalb des letzten Jahres weit weniger gestiegen sind als die Gaspreise. Das wird sich durch die zusätzliche Stromsteuer weiter verschärfen.“

Im Klartext: Weitere Investitionen in kleine, umweltfreundliche Anlagen zur Produktion von Strom und Wärme wird es nicht mehr geben. Die bisher betriebenen Anlagen werden unrentabel und belasten die Betreiber oder müssen abgeschaltet werden. Palmer: „Der Plan der Bundesregierung freut nur die Betreiber von Atomkraftwerken, denen lästige Konkurrenz

vom Hals geschafft wird. Unterschriftensammlungen der SPD für den Atomausstieg nützen den Stadtwerken wenig, Protest gegen die Pläne der eigenen Regierung würde mehr helfen.“

Für Palmer zeigen sich nun die ersten dramatischen Folgen des Regierungswechsels: „Die ersten 100 Tage konnte man glauben, die große Koalition werde nicht an den ökologischen Errungenschaften grüner Regierungszeit rütteln. Selbst die Ökosteuer bleibt erhalten. Doch jetzt kommt es Schlag auf Schlag: Massive Kürzungen beim öffentlichen Nahverkehr, Besteuerung von Biokraftstoffen und nun Verteuerung der Stromproduktion in kleinen Anlagen. Umwelt und Mittelstand haben das Nachsehen. Besonders enttäuschend: Die Initiative für die Zerstörung wichtiger Instrumente der Umweltpolitik geht immer wieder von SPD-Ministern aus. Ohne Grüne Unterstützung sind die Sozialdemokraten ökologisch genau so blind wie die CDU.“